

Gegen die Wand

Der Poststreik endet mit Frust und Enttäuschung

Von Patti Schmitz

Sonntag, 5. Juli: Nach vier Wochen Poststreik wird wieder verhandelt. Tausende Kolleg_innen hängen gespannt an den Nachrichtenkanälen: Geht der Kampf weiter oder wird ver.di einknicken? Viele von uns befürchten Schlimmes. Und dann die traurige Gewissheit: ver.di hat unterschrieben, der Streik ist vorbei, das Streikziel verfehlt. Die Post kann sich freuen, ihre Aktien steigen sofort. In den sozialen Netzwerken häufen sich empörte Kommentare enttäuschter Kolleg_innen.

Die Gewerkschafter_innen, die den Streikenden am nächsten Tag das Ergebnis mitteilen müssen, haben keine leichte Aufgabe. Sie ernten Pfiffe und Buhrufe. Als sie das Ende des Streiks verkünden, geht ein Seufzer des Bedauerns durch die Menge. Noch vor ein paar Tagen haben wir in brütender Hitze demonstriert, uns kämpferische Reden angehört und lautstark bekräftigt, dass wir durchhalten werden. Und jetzt ist alles vorbei, mit einem so miserablen Ergebnis? Sicher, es gibt auch positive Vereinbarungen, wie Festverträge für die etwa 4500 Kolleg_innen, die seit mehr als zwei Jahren befristet beschäftigt sind (allerdings mit dem Zusatz »bei Eignung«, was der Willkür wieder Tür und Tor öffnet). Oder die Garantie für die 7634 bei DHL verbliebenen Paketzusteller_innen, dass sie dort auf Dauer bleiben können. Und ja, auch das stimmt, ohne Streik wäre das Ergebnis noch schlimmer. Aber was soll die Schönrederei?

Bei den Streikforderungen gab es verschiedene Phasen. Auslöser für den Kampf war die Gründung von 49 regionalen Billigfirmen für die Paketzustellung, die DHL Delivery GmbHs. Dagegen zu streiken, ist rechtlich nicht zulässig. Als Kompensation forderte ver.di eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich und 5,5 Prozent mehr Lohn für die 140.000 bei Deutsche Post und DHL Beschäftigten. Nach mehreren Warnstreiks und sechs Verhandlungsrunden machte ver.di das Angebot, auf Arbeitszeitverkürzung und lineare Lohnerhöhung für dieses Jahr zu verzichten, wenn die Post die ausgelagerten Delivery-Kolleg_innen wieder in den Posthaustarif zurückholt. Die Post ließ die Frist verstreichen, und so begann am 8. Juni der unbefristete Streik.

Ich fand zum einen das Verzichtsangebot zu weitgehend, soviel Sparmaßnahmen sollten doch der Post, die Milliardengewinne macht, nicht angeboten werden, wenn gerade ein Streik vorbereitet wird. Vor allem aber war ich skeptisch, ob die Kolleg_innen zu einem reinen Solidaritätsstreik bereit wären, für die Rückkehr der Ausgelagerten ins »Mutterschiff«. Da habe ich meine Kolleg_innen gründlich unterschätzt. Bei den Gesprächen während des Streiks betonten Streikende immer wieder, dass sie stolz sind, bei diesem wichtigen Kampf dabei zu sein. Gegen einen solchen Angriff ist Solidarität wichtig, und wenn wir heute nicht betroffen sind, können wir doch morgen die nächsten sein. Wir müssen es schaffen, die Delivery wegzustreiken. Damit würden wir ein Zeichen gegen einen allgegenwärtigen Trend setzen. Wir würden Geschichte schreiben! Aber dazu sollte es nicht kommen. Am Ende steht nun der Verzicht auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bei DHL und DPAG – und die Delivery GmbHs werden trotzdem weiter ausgebaut.

Was ist dran an dem Gerücht, ver.di hätte so schnell unterschrieben, weil sie ein Abbröckeln der Streikfront befürchtete? Die Beteiligung war von Anfang an regional sehr unterschiedlich und überall nur partiell. Es gibt immer noch 38.000 Beamt_innen bei der Post, die nicht streiken dürfen, und für die vielen Befristeten war die Teilnahme nicht ratsam. Verständnis gab es auch für einige Kolleg_innen, die nicht mitgestreikt haben, weil sie wegen besonders schwieriger finanzieller Situation auf Überstunden angewiesen sind und mit dem Streikgeld

allein nicht auskommen würden. Aber diejenigen, die in den Streik gegangen sind, wurden im Laufe der Zeit entschlossener. Dazu trug auch die harte Haltung der Post bei, die kein Mittel des Streikbruchs scheute: Einschüchterung und Drohung, Leiharbeit, Werkverträge, Wanderarbeiter_innen aus Osteuropa, illegale Sonntagsarbeit, die mit 100 Euro zusätzlich cash auf die Hand belohnt wurde, und so weiter. Es wurde immer klarer, dass es bei diesem Konflikt um Grundsätzliches ging: Wenn Delivery durchgeht, dann werden sie immer mehr von uns in Billigfirmen abschieben, dann ist das für »die Post« das Ende.

Es wird viel diskutiert in diesen Wochen. Kolleg_innen bleiben noch stundenlang zusammen am Streiklokal, nachdem sie sich in die Streikgeldlisten eingetragen haben. Die Stimmung ist bestens, und die Demos sind unglaublich laut. Das neu entdeckte Gefühl kollektiver Stärke macht Spaß und Mut. Neben den vorgefertigten Bannern von ver.di sind auch viele selbstgemachte Transparente und Schilder dabei. Gerufen wird vor allem »Appel raus« (1) und »Wir sind die Post« – eine Parole, die ähnlich widersprüchlich ist wie die Vorlage »Wir sind das Volk«. Darin steckt die alte Postidentität, ein Betriebsstolz, der etwas Ausschließendes und Überhebliches hat. Tatsächlich werden wir trotz Privatisierung in unserer Dienstkleidung immer noch als eine Art Institution wahrgenommen und von den Kund_innen in der Regel respektvoller behandelt als Kolleg_innen anderer Zustellfirmen. Aber die Parole drückt auch die Streikziele aus. Wir sind diejenigen, die die Arbeit machen, wir sind es, die für die fetten Gewinne sorgen, und da müssen die Bedingungen auch für uns stimmen. Ohne uns läuft der Laden nicht, auf Appel und Konsorten können wir dagegen gut verzichten. Und wir sind zusammen die Post, wir lassen uns nicht in (noch mehr) verschiedene Firmen auseinanderdividieren.

Die Post behauptete während des Streiks immer wieder, alles im Griff zu haben. 80 Prozent der Sendungen seien pünktlich zugestellt worden. Fotos und Berichte, die uns Kolleg_innen aus den Verteilzentren und Zustellstützpunkten schicken, zeigen eine andere Realität. Nach vier Wochen Streik sieht es schon ziemlich eng aus. Die letzten Winkel sind mit hochgestapelten Postbehältern voll nicht zugestellter Sendungen verstopft, LKW-Anhänger und gemietete Hallen dienen als Zwischenlager. Warum wird der Streik in diesem Moment abgebrochen? Warum werden nicht noch weitere Zentren aufgerufen und der Druck erhöht? Ist es nur das übliche Vorgehen deutscher Gewerkschaften, die dem Kapital nicht weh tun wollen, oder steckt etwas anderes dahinter?

Der Streikabbruch macht einen überstürzten Eindruck. Während die Tarifkommission, die dem Verhandlungsergebnis zustimmen muss, noch tagt, verkünden Post und ver.di in der Tagesschau um 20 Uhr bereits die Einigung. Um 22:30 Uhr stimmt dann auch die Tarifkommission zu. Der Apparat funktioniert, die Mitglieder werden wieder nicht gefragt. Während des ganzen Streiks hat ver.di keine Versammlung einberufen, keine Diskussionen organisiert. Reicht ja, wenn die Gewerkschaftsfunktionär_innen gelegentlich mit Kundgebungen die streikende Menge bespaßen. Gemeinsame Meinungsbildung an der Basis ist in dieser Gewerkschaft offensichtlich nicht vorgesehen.

Bei der Paketzustellung bestehen nun DHL und die DHL Delivery GmbHs nebeneinander (was wörtlich zu verstehen ist – die Kolleg_innen arbeiten teilweise in denselben Hallen, ein Klebeband auf dem Boden markiert die Grenze zwischen den Belegschaften). Die Post wird wie angekündigt die Delivery ausbauen, und jedes Mal, wenn einer der verbliebenen Zusteller_innen mit Arbeitsplatzgarantie bei DHL aufhört, wird ein weiterer Bezirk zur Delivery wandern. Für die Brief- und Verbundzustellung ist eine solche Auslagerung bis Ende 2018 ausgeschlossen. Und dann?

Der Streik war eine neue und wichtige Erfahrung, wir hatten eine gute Zeit, es war Sommer, wir haben viel gelernt und uns kennengelernt. Die Hoffnung bleibt, dass uns das künftig im



Betriebsalltag hilft, uns besser gegen die ständigen Zumutungen zu wehren. Aber die Stimmung ist nach der Rückkehr an die Arbeit erstmal alles andere als gut. In überlangen Schichten schleppen wir die liegengebliebenen Sendungen in die Bezirke. Wir werden ständig gefragt und fragen uns auch selbst, ob sich das nun wirklich gelohnt hat. Noch schlimmer als diese Mehrarbeit, die absehbar war, ist die Unfähigkeit von ver.di, das Streikgeld pünktlich und korrekt auszuzahlen. Manche Kolleg_innen müssen Kredite aufnehmen, um ihre Miete zahlen zu können. Enttäuschung und Wut auf die Gewerkschaft breiten sich aus. Viele würden am liebsten sofort ihre ver.di-Mitgliedschaft kündigen – geht aber nicht, weil wir unterschrieben haben, dass wir das Streikgeld zurückzahlen, wenn wir innerhalb von zwölf Monaten nach dem Streik austreten. Die materielle und politische Bilanz dieses Streiks ist ein Desaster. »Nie wieder« sagen viele Kolleg_innen nach dieser ersten Streikerfahrung mit ver.di. Ein schlimmeres Ergebnis kann ein Streik eigentlich nicht haben.

Patti Schmitz arbeitet als Postzustellerin in einer mittelgroßen Stadt in Westdeutschland

Anmerkung:

1) Frank Appel ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post AG.

Der Beitrag ein Vorabdruck aus ak - analyse & kritik - 607, der am 18. August erscheint - wir danken der Autorin und dem Verlag!

Siehe zu dem Hintergründen das Dossier im LabourNet Germany: [Tarifverhandlungen Arbeitszeit: Warnstreiks bei der Post AG ab 1. April](#)